



**GRÜN.KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde, langsam aber sicher neigt sich ein landespolitisch hochspannendes Jahr dem Ende entgegen. Auch wenn die Themen, die uns im Landtag bewegt haben, kaum vielfältiger hätten sein können, so gab es doch zumindest bei der Landesregierung zwei Konstanten: Schwere handwerkliche Fehler in nahezu

allen Politikfeldern und ein merk-, wenn nicht gar fragwürdiges Verhältnis zum Rechtsstaat. Um dafür eine ganze Hand voll Belege zu finden, reicht allein ein Blick ins letzte halbe Jahr: Angefangen bei der Debatte um Diesel-Fahrverbote in unseren Innenstädten, die zwar vom Bundesverwaltungsgericht als Ultima Ratio zur Luftreinhaltung benannt, von Ministerpräsident Laschet aber umgehend ausgeschlossen wurden – als hätte es den Richterspruch aus Leipzig nie gegeben. Jetzt kommen sie wahrscheinlich in Aachen, Bonn, Köln, Gelsenkirchen und Essen. Hätte Schwarz-Gelb früher entschiedener gehandelt, man hätte Fahrverbote – die auch wir nicht wollen – vielleicht noch abwenden können. Oder nehmen wir die Abschiebung des mutmaßlichen Gefährders Sami A., die nur möglich war, weil Minister Stamp die Justiz hinterging, was wenig später vom Oberverwaltungsgericht in Münster als „offensichtlich rechtswidrig“ beschrieben wurde. Statt diese höchstrichterliche Ohrfeige demütig zur Kenntnis zu nehmen, beharrte die Landesregierung nicht nur auf ihrer unhaltbaren Rechtsposition, Innenminister Reul empfahl den Gerichten vielmehr, sich zukünftig doch eher am Rechtsempfinden der Bevölkerung zu orientieren – als wären nicht Gesetzestexte, sondern Stammtisch-Stimmungen entscheidend.

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand das zweifelhafte Agieren der Landesregierung aber im Einsatz am Hambacher Wald. Damit RWE die Kettensägen hätte kreisen lassen können, veranlasste der Innenminister den wohl größten Polizeieinsatz der Landesgeschichte, um dann abermals vom Oberverwaltungsgericht zurückgepfiffen zu werden. Statt sich ernsthaft Gedanken über die Zeit nach der Kohle zu machen, versucht Schwarz-Gelb nahezu alles, um RWE das fossile Geschäftsmodell zu erhalten. Dabei waren wir sowohl gesellschaftlich als auch energiepolitisch einem verbindlichen Kohleausstieg nie näher. Für uns GRÜNE ist klar: Es braucht konkrete Leitlinien, Projekte und Hilfestellungen für die Menschen, für Anwohner\*innen und Beschäftigte im Rheinischen Revier. Was wir uns genau vorstellen, haben wir für diese Ausgabe aufgeschrieben.

Außerdem möchten wir über die von uns initiierte Enquete-Kommission zum Brexit informieren, die die Chancen und Risiken für NRW nach einem EU-Austritt Großbritanniens herausarbeiten soll.

Wir wünschen frohe und besinnliche Festtage und viel Freude bei der Lektüre!

*Monika Düker*      *Arndt Klocke*

Monika Düker und Arndt Klocke  
Fraktionsvorsitzende

**EDITORIAL**

## WEG VON DER STRASSE

**WIRKSAM GEGEN WOHNUNGSLOSIGKEIT**

52.000 Menschen leben in NRW derzeit auf der Straße, Tendenz steigend. Einer der Gründe dafür ist, dass sich der Bau hochpreisiger Wohnanlagen häufig mehr lohnt als der von preiswertem Wohnraum und es dafür keine gesetzliche Reglementierung gibt.

So ist der Bestand an Sozialwohnungen seit 1990 um etwa 60 Prozent gesunken. Gleichzeitig wollen immer mehr Menschen in den Ballungszentren wohnen. Eine aktive Wohnungspolitik fand zu selten statt, öffentliche Wohnungsbestände wurden verkauft und luxussaniert bis hin zur Gentrifizierung ganzer Stadtviertel. Auf kommunaler Ebene brauchen wir grundsätzlich eine Politik der „sozialen Bodennutzung“ – mit klaren Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau. Hier können kommunale Wohnungsunternehmen eine wichtige Rolle spielen und sollten entsprechend gefördert werden.

Während viele Menschen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben, werden gleichzeitig immer mehr Menschen komplett vom Wohnungsmarkt gedrängt. Wir wollen drohende und bestehende Obdachlosigkeit unmittelbar bekämpfen. Unterstützungsformen wie „Housing First“ können dabei helfen. Wohnungslosen mit komplexen Sucht- und Abhängigkeitserkrankungen wird ohne Vorbedingungen an Therapieaufnahme oder Abstinenz normaler Wohnraum sowie intensive persönliche und gesundheitliche Hilfe vermittelt. Dies ist ein wichtiger Paradigmenwechsel für sofortige und nachhaltige Hilfe.

Weitere bereits bestehende Programme wie „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ müssen deutlich stärker gefördert werden. Hierzu gehören die aufsuchende medizinische und ärztliche Versorgung, frauengerechte Wohnungsnotfallhilfen und zeitgemäße Hilfs- und Unterstützungsformen für junge Erwachsene. Die Versorgung alter und pflegebedürftiger wohnungsloser Menschen stellt besonders hohe Anforderungen an die Kommunen, da komplexe Betreuungssituationen entstehen, die robustes und fachlich qualifiziertes Personal erfordern. Unser kürzlich eingebrachter Antrag stellt konkrete Maßnahmen vor, um Wohnungslosigkeit entgegenzuwirken. Anfang Januar wird dazu eine Expertenanhörung stattfinden. -----

[Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de](mailto:Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Sozialpolitik

## LANDESBEDIENSTETE KLIMAFREUNDLICH

**MOBIL MIT JOBTICKET UND JOBRAD**

Viele der mehr als 440.000 Landesbeschäftigten pendeln täglich zu ihrer Arbeitsstätte. Hier gibt es ein enormes Potenzial, damit viele Menschen öffentliche Verkehrsmittel nutzen und mit dem Rad fahren. Das wäre ein Schritt zur Verkehrswende, die unerlässlich ist, um das Problem der Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid in den Städten in den Griff zu bekommen und die Klimaschutzziele zu erreichen.

Andere Bundesländer wie Hessen und Baden-Württemberg haben erkannt, dass neue Mobilitätsangebote für Landesbedienstete wichtige Bausteine dafür sein können. So bietet Hessen seit Anfang 2018 seinen Mitarbeiter\*innen kostenlose Jobtickets an. Baden-Württemberg will den Landesbeamt\*innen die Nutzung eines Dienstrads ermöglichen und hat dazu als erstes Bundesland das Landesbesoldungsgesetz entsprechend geändert.

Wir GRÜNE haben im Herbst einen Antrag eingebracht, damit NRW sich diesen guten Beispielen anschließt. Die Anwendung des sogenannten „Dienstwagenprivilegs“ auch auf Fahrräder fördert die ökologische Mobilität und gesunde Bewegung von Beschäftigten. Angesichts von drohenden Dieselfahrverboten in den Innenstädten ist es zudem ein Beitrag zur Luftreinhaltung und zur Senkung von Schadstoff-Emissionen.

Und nicht zuletzt könnte ein kostenloses Jobticket auch den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver machen. Unser Antrag fordert die NRW-Landesregierung dazu auf, das Landesbesoldungsgesetz anzupassen und sich bei der Tarifgemeinschaft der Länder für den öffentlichen Dienst dafür einzusetzen, dass Landesbediensteten hochwertige Dienstfahräder und Pedelecs für den Weg zur Arbeit und zur privaten Nutzung angeboten werden können. Zudem soll die Landesregierung nach rechtlichen Möglichkeiten suchen, wie das Land seinen Beschäftigten ein kostenloses Jobticket zur Verfügung stellen kann. Demnächst findet dazu eine Expertenanhörung im Landtag statt, in der die rechtlichen und finanziellen Fragen intensiv beleuchtet werden. -----

[Arndt.Klocke@landtag.nrw.de](mailto:Arndt.Klocke@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Verkehrspolitik

## EINE ZUKUNFT FÜR DAS RHEINISCHE REVIER WENN DIE KOHLE GEHT...

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, setzen wir uns schon lange für ein Ende der Kohleverstromung ein - gegen den Widerstand der anderen Fraktionen, deren Politik eher die Interessen der Energie-Konzerne als die der Allgemeinheit vertritt. Die Konsequenz dieser Verweigerungshaltung ist, dass Deutschland seine Klimaschutzziele deutlich verfehlt, weil die Verbrennung von Kohle einen hohen Anteil der CO<sub>2</sub>-Produktion ausmacht. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, wenn sie den Klimaschutz ernst nimmt.

STRUKTURWANDEL

### Landesregierung als verlängerter Arm von RWE

Obwohl die Ergebnisse der Kohlekommission bereits Mitte Dezember 2018 vorliegen sollen, versuchten RWE und die Landesregierung mit aller Macht, mit der Rodung des Hambacher Waldes vollendete Tatsachen zu schaffen. So wollten sie ein Symbol des Widerstandes gegen eine veraltete Energie- und Klimapolitik vernichten. Die Landesregierung war sich dabei nicht zu schade, mit vorgeschobenen Argumenten in einem beispiellosen Polizeieinsatz die Baumhäuser im Hambacher Wald räumen zu lassen.

Das durch das Oberverwaltungsgericht bis auf weiteres ausgesprochene Rodungsverbot gibt uns nun die notwendige Zeit, nach Ansätzen für einen dauerhaften Erhalt des Hambacher Waldes zu suchen, den sich viele Menschen in NRW wünschen.

Der friedliche Protest von mehr als 50.000 Menschen am 6. Oktober gegen die Rodung und für einen schnellen Kohleausstieg zeigte breite Unterstützung in der Bevölkerung. Ein Grund mehr für uns, weiterhin für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und ein schnelles Ende der Kohleverstromung zu kämpfen. Dabei haben wir nicht nur das Klima im Blick. Ebenso wichtig ist die Frage, wie die Region ihre Potenziale nach dem Ende der Braunkohle nutzen kann – als Chance für eine innovative, lebenswerte und klimafreundliche Zukunft.

Wir wollen, dass der Strukturwandel von allen Beteiligten frühzeitig angepackt wird – weg von RWE als Monopolkonzern, hin zu einer modernen und diversen Wirtschaftsstruktur. Die Menschen im Rheinischen Revier brauchen eine Perspektive und einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle. Die Botschaft „Kein

Bergmann soll ins Bergfreie fallen“ gilt für uns nicht nur für die Steinkohle, sondern auch für die Braunkohle.

### Wie soll die Zukunft des Rheinischen Reviers aussehen?

Am 29. September haben wir die Menschen aus dem Rheinischen Revier zur „Revierversammlung“ nach Düren eingeladen, um gemeinsam über die Zukunft der Region zu diskutieren und innovative und nachhaltige Ideen für den Strukturwandel zu sammeln. Mit etwa 180 Teilnehmer\*innen war das Interesse gewaltig. Hochkarätige Gäste aus Politik und Energiewirtschaft standen Rede und Antwort, Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen beteiligten sich an der Diskussion und den Workshops.

### Fünf Leitlinien für die Zukunft

Aus den Gesprächen bei der Revierversammlung und weit darüber hinaus ist ein Ideenpapier entstanden, mit dem wir Antworten auf die Frage geben möchten „Was kommt im Rheinischen Revier, wenn die Kohle geht?“.

Strukturwandel lässt sich weder verordnen noch bis ins letzte Detail planen, denn es steht Unternehmen und Menschen frei, sich dort anzusiedeln, wo die Rahmenbedingungen für sie günstig erscheinen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, Ziele des Strukturwandels zu setzen und nicht nur Einzelprojekte aufzulisten wie sie es aktuell tut. Nur mit Leitlinien ist eine strategische Planung und eine Überprüfung möglich, ob Maßnahmen und Projekte zur Zielerreichung beitragen.

Für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Revier haben wir folgende Leitlinien entwickelt:



### 1. Ideen für die ganze Region

Wir streben eine räumliche und organisatorische Zusammenführung und Koordinierung der Kompetenzen der kommunalen, regionalen und der Landesebene an. Wir wollen eine Task-Force für Raumplanung, Flächenmanagement und Verkehrsinfrastruktur und eine nachhaltige Vermarktung von Gewerbeflächen, zudem eine regionale Wirtschaftsförderungsagentur, die eine Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstrategien gewährleistet.

### 2. Fit für die Zukunft durch Digitalisierung

Der Strukturwandel bietet die Chance, im Rheinischen Revier in zukunftsorientierte Gewerbebezüge zu investieren. Wir wollen ein Netzwerk „Digitales Revier“ etablieren, das Unternehmen beim Um- und Einstieg in die digitale Zukunft unterstützt. Ziel ist es, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Startups beim Einstieg in die digitale Zukunft zu beraten, zu fördern und zu vernetzen.

### 3. Infrastruktur der Zukunft schaffen

Schnelles Breitband und flächendeckender Mobilfunkstandard 5 G sind die Grundvoraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung und zukunftsfähige Mobilität. Wir wollen eine vorrangige Versorgung der Tagebaurand-Kommunen mit Breitband, zudem ein ganzheitliches Mobilitätskonzept für die Region, um die Mängel in der derzeitigen Verkehrsinfrastruktur zu beheben. Das Rheinische Revier soll Modellregion für Autonome Elektromobilität werden.

### 4. Rheinisches Revier wird digitale Energiewende-Region

Wir müssen die Erneuerbare Energien-Potenziale im Revier kon-

sequent nutzen. Zudem muss der Umbau von Kraftwerksstandorten im Revier jetzt beginnen. Erste Pilot-Projekte zur Digitalisierung der Energiewende sollen in großem Maßstab umgesetzt werden. Dabei sollen alle Aspekte der digitalen Energiewende getestet werden. Dazu gehören etwa intelligente Erzeugungs- und Nutzungssteuerung, digitale Systeme zur Verbrauchsoptimierung, Microgrids und die Förderung von Bürgerstromhandel. Perspektivisch sollte das Ziel sein, das Rheinische Revier klimaneutral zu gestalten.

### 5. Kein Strukturwandel ohne Naturschutz

Im Revier wurden Natur und Umwelt jahrzehntelang zerstört. Einen Strukturwandel ohne Naturschutz darf es nicht geben. Wir wollen einen Verbund engmaschig angelegter Naturschutzflächen erreichen. Zudem muss der Hambacher Wald als herausragendes Biotop nicht nur als Naturschutzgebiet klassifiziert werden, sondern auch eng mit benachbarten Lebensräumen verknüpft werden.

### Antrag fordert Landesregierung zur Umsetzung auf

In Form eines Antrags haben wir diese Ideen im November in den Landtag eingebracht und diskutieren dort nun über ihre Umsetzung. Darüber hinaus werden wir aber auch weiterhin den intensiven Dialog mit Akteur\*innen aus der Region suchen und unsere Vorstellungen eines lebenswerten, innovativen und klimafreundlichen Reviers einbringen.

[Wibke.Brems@landtag.nrw.de](mailto:Wibke.Brems@landtag.nrw.de),

Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik

## VERBANDSKLAGERECHT

**OFFENBARUNGSEID BEIM TIERSCHUTZ**

NRW NEWS

„Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen«, heißt es in § 1 Tierschutzgesetz. Leider geschieht dies tagtäglich, denn die praktische Umsetzung des Tierschutzgesetzes ist nicht immer an den tatsächlichen Bedürfnissen der Tiere ausgerichtet. Um jedoch dem Staatsziel Tierschutz gerecht werden zu können, hat die rot-grüne Landesregierung 2013 das Verbandsklage- und Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzverbände auf den Weg gebracht. Ein Klagerecht, das im Bereich Naturschutz schon lange besteht und auch hier nicht mehr wegzudenken ist.

Das Verbandsklagerecht gibt Tierschutzvereinen die Möglichkeit, die Einhaltung von Tierschutzstandards durchzusetzen und ein „Zuwenig“ an Tierschutz juristisch zu beklagen. NRW war das erste Flächenland, das ein solches Gesetz erlassen und sich damit an die Spitze des Tierschutzes gestellt hat. Mittlerweile gibt es in acht weiteren Bundesländern ähnliche Modelle, das Gesetz war somit ein Meilenstein für den Tierschutz. In NRW blicken wir positiv auf fünf Jahre Verbandsklagerecht zurück, denn sämtliche Befürchtungen der Kritiker\*innen von damals haben sich nicht bestätigt.

Doch diese Kritiker\*innen sitzen jetzt in der Landesregierung und das Gesetz läuft Ende dieses Jahres aus. Falls CDU und FDP es nicht aktiv verlängern, wäre NRW das erste Bundesland, das ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände wieder verliert. Wir meinen, dass das Gesetz im Sinne aller Beteiligten noch weiterentwickelt werden könnte. Deshalb fordern wir eine Verlängerung des Gesetzes um ein Jahr, um eine Evaluation zum Gesetz auszuwerten und das Gesetz weiterentwickeln zu können. Denn ein ersatzloses Auslaufen ist für uns keine Option!

Auch mit Blick auf die fünf noch beim Gericht anhängigen Verfahren ist eine Verlängerung zwingend erforderlich, da diese sonst verfallen. Das wäre ein fatales Zeichen und ein historischer Rückschritt für den Tierschutz in NRW!

[Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de](mailto:Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Landwirtschaft, Tier-, Natur- und Verbraucherschutz

## VIELE OFFENE FRAGEN IM FALL AMAD A.

**U-AUSSCHUSS SOLL AUFKLÄREN**

Gemeinsam mit der SPD haben wir beschlossen, den tragischen Tod des syrischen Staatsangehörigen Amad A. in einem Untersuchungsausschuss parlamentarisch aufzuarbeiten. Aus noch ungeklärten Gründen brach am 17. September in seinem Haftraum in der JVA Kleve ein Feuer aus, bei dem er sich schwerste Verletzungen zuzog und an deren Folgen er etwa zwei Wochen später verstarb. Kurz nach dem Brand stellte sich heraus, dass er unschuldig und nur aufgrund einer Verwechslung mit einem Malier einsaß. Wie es zu dieser Verwechslung kommen konnte, ist vollkommen unklar. Wir wissen auch nicht, ob die psychosoziale Betreuung des nach eigenen Angaben suizidgefährdeten Amad A.s vernünftig gelaufen ist. Nach derzeitiger Berichtslage des Justiz- und Innenministers hat Amad A. während seines mehrwöchigen JVA-Aufenthalts nur einmal darauf hingewiesen, dass er Opfer einer Verwechslung wurde. Auch soll er nie nach einem Anwalt verlangt haben, weder bei der Verhaftung noch während seiner Haftzeit. Das ist aus unserer Sicht völlig lebensfremd.

Nach zahlreichen Ausschusssitzungen, Plenardebatten, Berichten und Nachberichten mussten wir feststellen, dass die zentrale Frage nach wie vor ungeklärt ist: Wie konnte das alles passieren? Wir sind es seiner Familie, der Öffentlichkeit aber auch uns als politischen Verantwortungsträger\*innen schuldig, dass dieser Justiz- und Polizeiskandal, dieses offensichtliche Systemversagen, restlos aufgeklärt wird.

Unser Anspruch war von Beginn an, lückenlose Aufklärung sicherzustellen, Missstände zu identifizieren und abzustellen. Wir haben politischen Druck ausgeübt, damit die Landesregierung, insbesondere aber Justiz- und Innenminister, ihren Teil zur Aufklärung beitragen. Noch immer stehen zahlreiche Fragen, Unklarheiten und Widersprüche im Raum. Uns haben relevante Informationen nur scheinbarweise und zu spät erreicht. Nach wie vor ist der Umgang mit der politischen Verantwortung nicht zufriedenstellend. Unsere Aufgabe, die wir als Parlamentarier\*innen in diesem Fall haben, können wir deshalb nur in einem PUA vernünftig ausüben.

[Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de](mailto:Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Rechtspolitik

ENQUETE-KOMMISSION UNTER GRÜNEM VORSITZ

## Was bedeutet der Brexit für NRW?



Kaum jemand hatte damit gerechnet, doch im Juni 2016 haben die Bürger\*innen des Vereinigten Königreichs mit knapper Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union votiert. Am 29. März 2019 endet die EU-Mitgliedschaft des Königreichs. Die Folgen für die EU, für die Brit\*innen aber auch für Nordrhein-Westfalen, sind noch nicht absehbar. Mit kaum einem anderen Staat ist NRW kulturell, persönlich und wirtschaftlich so eng verbunden.

Deshalb haben wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission beantragt, die sich mit den Folgen und Auswirkungen des Brexits auf NRW befasst – der Landtag hat dem einstimmig zugestimmt. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen haben wir nun zwei Jahre Zeit, um in Etappen mehrere Berichte zu erarbeiten, die Handlungsempfehlungen enthalten sollen, welche Herausforderungen, aber vielleicht auch Chancen sich für NRW ergeben. Dabei haben wir verschiedene Bereiche identifiziert und Fragen formuliert, die von der Enquete-Kommission bearbeitet werden sollen:

Wie kann die intensive kommunale, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit aufrechterhalten und womöglich sogar vertieft werden? Diese Frage stellt sich auch in der Bildung, wo es hunderte Forschungs- und Schulpartnerschaften und kulturellen Austausch gibt.

Sobald klar ist, welche Aufenthaltsrechte im Vereinigten Königreich lebende EU-Bürger\*innen und in der EU lebende Brit\*innen erhalten werden, soll die Enquete-Kommission Handlungsempfehlungen geben, wie Bürger\*innen unterstützt werden können und welche Auswirkungen mögliche Zu- und Abwanderungen auf NRW haben.

850.000 Menschen reisen jährlich aus NRW ins Vereinigte Königreich. Nun drohen erschwerte Einreisebestimmungen auf britischer Seite und der Verlust zahlreicher Fluggastrechte,

die die EU durchgesetzt hat. Wie ein hohes Maß an Reisemöglichkeiten aufrechterhalten werden kann, soll ebenfalls in der Enquete-Kommission bearbeitet werden.

Neben der Verbesserung der Fluggastrechte hat die EU zahlreiche andere Verbraucherschutzrechte durchgesetzt, deren Zukunft auf dem Spiel steht. Die Kommission soll beantworten, wie auch nach dem Brexit bestmöglicher Verbraucherschutz gewährleistet werden kann.

Auch in der Arzneimittelversorgung sind Herausforderungen abzusehen. Zahlreiche Medikamente brauchen nach einem Brexit eine neue Zulassung in der EU. Die Enquete-Kommission soll prüfen, ob Einrichtungen in NRW einen Teil dieser Prüfaufgaben übernehmen können, sich vielleicht sogar Forschungseinrichtungen im Pharmabereich in NRW niederlassen können und wie die Arzneimittelversorgung weiterhin in vollem Umfang gewährleistet werden kann.

Das Vereinigte Königreich ist das drittgrößte Exportland und der viertgrößte Handelspartner für NRW. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um den drohenden wirtschaftlichen Einschränkungen zu begegnen? Wie muss die Agrarwirtschaft auf drohende Kürzungen der Förderung reagieren? In den Bereichen Umwelt, Klima und Energie sind durch das Ausscheiden eines der Vorreiter in der EU Rückschritte möglich. Welche Schritte muss NRW hier gehen?

Der Brexit ist historisch beispiellos, die genannten Fragen sind nur eine kleine Auswahl an Aspekten, die zu klären sind. Die EU-Kommission empfiehlt europäischen, nationalen und regionalen Akteuren, sich intensiv auf den Brexit vorzubereiten. Dieser Verantwortung wollen wir uns stellen.

**Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de,**  
designierter Vorsitzender der Enquete-Kommission «Brexit»

### ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT - regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent\*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an [datenschutz.gruene@landtag.nrw.de](mailto:datenschutz.gruene@landtag.nrw.de).

### NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage [www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de) anmelden oder uns eine E-Mail an [gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de) schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.



### IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):  
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW  
Verena Schäffer MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

#### Kontakt:

Tel 0211 884-2180  
Fax 0211 884-2890  
[www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de)  
[gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de)



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene\_fraktion\_nrw

#### Redaktion:

Guido von Wiecken  
Jenny Hüttenhölcher

#### Gestaltung:

Guido von Wiecken

#### Bildnachweis:

@ Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW:  
Michael Goergens S. 1/8 - @ GRÜNE  
im Landtag: Guido von Wiecken: S. 2,  
S. 5 - @ unsplash.com: Remi Walle:  
S. 3l - @ Fotolia: M. Connel design S.  
3r - @ unsplash.com: Christopher Car-  
son: S. 6l - @ pixabay.com: Erika Witt-  
lieb: S. 6r - @ unsplash.com: Chris  
Lawton: S. 7

An dieser Ausgabe haben außerdem  
mitgewirkt: Nils Kleibrink, Jan  
Miebach, Julian Schönbeck, Anna von  
Spiczak, Bettina Tull, Harald Wölter

November 2018